

NACHRICHTEN

Singapur

Pressegesetzänderung verabschiedet - Einschränkung von Time

Ende Juli wurden die umstrittenen Änderungen zum Pressegesetz (Printing Press Act) endgültig vom Parlament verabschiedet (vgl. SOA Informationen 2/86 S.38). Sie ermöglichen die Einschränkung des Verkaufs und Vertriebs ausländischer Publikationen von Seiten der Regierung.

Am 21.8. erläuterte der Premierminister Lee Kuan Yew gegenüber Journalisten die Gründe einer solchen Gesetzesänderung. Er will durch dieses Gesetz verhindern, daß ausländische Publikationen das große Geld verdienen, indem sie sich in innere Angelegenheiten der Republik einmischen, um somit ihre Auflage zu steigern. "Sie können schreiben was Sie wollen", sagte

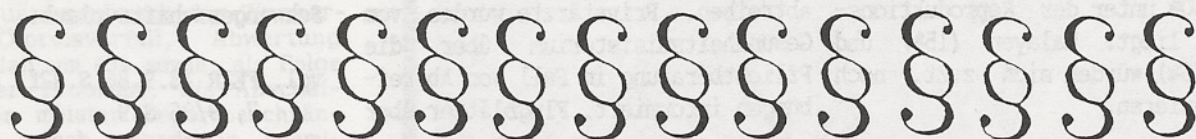
Lee. "Sie werden aber kein Geld damit verdienen können. Wir werden sehen, ob Sie noch daran interessiert sind, die großen Freiheiten aufrechtzuerhalten, oder ob Sie interessiert sind an Ihren Einnahmen durch die Anzeigen, worüber die Zeitungen immer klagen. Wir werden es beweisen.

Am 15.10. wurde zum ersten Mal das neue Gesetz angewandt. Der Staatsminister für Kommunikation und Information gab bekannt, daß vom 20.10. an das US-Magazin "Time" ihren Vertrieb in Singapur von 18 auf 9 Tsd. Exemplare reduzieren müsse und von Anfang 1987 an auf 2 000. Der Staatsminister Wong Kan Seng begründete den Schritt damit, daß "Time" sich geweigert hatte, einen Leserbrief des persönlichen Pressesekretärs des Premierministers, der Fehler in einer Berichterstattung über Singapur am 8.9. korrigieren, abzudrucken. Trotz Verhandlungen darüber, in welcher Form

der Leserbrief von "Time" veröffentlicht werden würde, wurde die Maßnahme beibehalten.

In einem Editorial der "Business Times", einem Mitglied von Singapurs Pressemonopol wurde betont, daß der Schritt der Regierung bedeutungsvoll sei. Es sei unverständlich, wieso es gerade dieses Magazin trafe, wo doch insbesondere Publikationen aus Hongkong regelmäßig die Politik Singapurs kritisierten. Die Amerikanische Handelskammer erklärte dazu, daß die Regierung unverhältnismäßig restriktive Maßnahmen ergreift, die Auswirkungen auf die Geschäftsperspektiven amerikanischer Investoren haben könnten. Am 17.10. äußerte die US Botschaft in Singapur ihre Hoffnung, daß eine Lösung des Problems gefunden werden könnte.

vgl. FEER 4.9.86 S.12f, 30.10.86 S. 14, AW 26.10.86 S.46, SI 8/86 S. 6



Gesetzesänderung zur Kontrolle der Anwaltskammer verabschiedet

Das Parlament von Singapur verabschiedete am 28.10. eine Änderung des "Legal Profession Act" (Anwaltsgesetz), das schärfere Disziplinarmaßnahmen gegen Anwälte ermöglicht, die gegen Gesetze verstoßen haben. Die wichtigste Änderung sieht vor, daß Anwälte, denen eine Berufsausübung von länger als 6 Monaten untersagt wurde oder wegen Betrug verurteilt wurden, 5 Jahre lang keine gewählte Funktion in der Anwaltskammer (Law Society) einnehmen dürfen. Der ursprüngliche Regierungsentwurf hatte ein lebenslanges Funktionsverbot vorgesehen. Die Anwaltskammer hatte am 22.9. auf einer Versammlung mit 404 Stimmen der 406 Anwesenden sich gegen eine solche Gesetzesänderung ausgesprochen.

In einer vorangegangenen Parlamentsdebatte hatte der Premierminister Lee Kuan Yew persönlich zu

den Beweggründen der Gesetzesänderung Stellung genommen. Ein Argument war, die Anwaltskammer von einer Politisierung abzuhalten.

Anlaß für das Vorgehen der Regierung war die Stellungnahme der Anwaltskammer unter ihrem Präsidenten, dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Francis Seow, gegen die Änderung des Pressegesetzes im Mai dieses Jahres (vgl. SOA Informationen 2/86, S.38). Die regierungstreue Tageszeitung "Straits Times" hat bereits früher die Vermutung angestellt, daß dieses Gesetz sich vor allem gegen Seow richtete, der im Oktober 1985 zum Präsidenten gewählt wurde. Seow wurde 1973 für ein Jahr die Berufsausübung wegen Fehlverhaltens verboten.

Am 14.11. wählte die Anwaltskammer Giam Chin Toon zum neuen Präsidenten, da nach dem neuen Gesetz Seow dieses Amt nicht mehr ausführen darf.

vgl. FEER 11.9.86 S.23, 2.10.86 S.12, 23.10.86 S.58, 6.11.86 S.10, 27.11.86 S.10, AW 5.10.86 S.14

Marineübung mit Indonesien

Am 13./14.9. hielten die Marine Singapurs und Indonesiens eine gemeinsame Übung im Südchinesischen Meer ab.

vgl. SI 9/86 S.8

Literaturhinweise

Holloway, Nigel, *Finance Centre Singapore Straining to Keep Up*, in: Far Eastern Economic Review 223.10. S.152-158, 1986, Hongkong / Selbstverlag / 7 S.

Newman, John, *Singapore's Speak Mandarin Campaign: The Educational Argument*, in: Southeast Asian Journal of Social Science, Vol.14, NO.2, S.52 - 67, 1986, Singapur / Singapore University Press / 15 S.

oV, *The Fall of Jeyaretnam*, in: Asiaweek 23.11. S.12-17, 1986, Hongkong / Selbstverlag / 4 S.

NACHRICHTEN

Singapur

Familienplanung: mehr Kinder

Im Juni-Juli dieses Jahres erschienen in der Wochenzeitung "Sunday Times" 2 Artikel von Saw Swee Hock, Statistik Professor an der Singapore National University, zur Bevölkerungsentwicklung und dem generativen Verhalten in Singapur. Bei gleichbleibender Geburtenrate von 1,5 würde die Bevölkerungszahl von heute 2,6 Mio. bis zum Jahr 2010 auf 3 Mio. ansteigen und dann zurückgehen. Bei einem anhaltenden Rückgang der Geburtenrate, wie es in den letzten Jahren der Fall war, muß bereits früher mit einem Bevölkerungsrückgang gerechnet werden. Unter anderem stellte Saw weiterhin fest, daß insbesondere bei der chinesischstämmigen Bevölkerung (76%) die Anzahl Geburten von Mädchen 30% unter der Reproduktionsgrenze liegt. Malayen (15%) und Inder (6%) würden sich z.Zt. noch reproduzieren.

Noch beunruhigender für eine Regierung, die vor 3 Jahren die Frage der Eugenik aufgeworfen hat, ist die Tatsache, daß Frauen mit gebobener und höherer Bildung ("O-level") mit der Anzahl von Mädchen-geburten 42% unter der Reproduktionsgrenze liegen. In den Augen des stellvertretenden Premierministers Goh Chok Tong ist dies ein sehr ernsthaftes Problem für Singapur, weil der Geburtenrückgang das Arbeitskräftepotential und damit das wirtschaftliche Wachstum verringern würde.

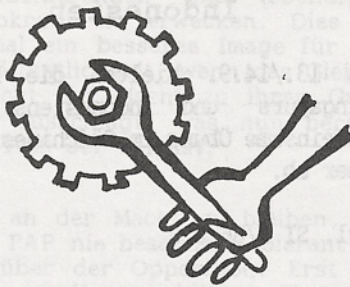
Bereits 1969 wurden Sterilisation und Abtreibung legalisiert, und letzteres 4 Jahre später noch weiter vereinfacht. 1985 wurden 23 510 Abtreibungen durchgeführt. Das sind 35% aller Schwangerschaften. Die Abtreibungsrate liegt bei 28 von 1000 Frauen im gebärfähigen Alter. Sie ist vergleichbar mit der in den USA oder der BRD. Es wird geschätzt, daß im Durchschnitt 30 Frauen unter 20 Jahren wöchentlich abtreiben. Privatärzte wurden vom Gesundheitsministerium über die Pflichtberatung im Fall von Abtreibungen informiert. Flugblätter über

die Gefahren der Abtreibung werden in staatlichen wie Privatkliniken verteilt.

Nach dem drastischen Familienplanungs-Programm von 1966 mit dem Motto "Macht Schluß bei 2" (Stop at Two) erhielten werdende Mütter ab dem 3 Kind keinen bezahlten Mutterschaftsurlaub und hatten keinen Anspruch auf Leistungen der (Pflicht-) Krankenversicherungen mehr. Heute wird in Zeitung und Fernsehen Heirat und Mutterschaft propagiert. Der neue Spruch des Premierministers ist: "Mindestens zwei. Lieber drei. Vier, wenn Sie es sich leisten können."

Frauen im öffentlichen Dienst können nach Zeitungsmeldungen vom September nach ihrem Schwangerschaftsurlaub weiteren unbezahlten Urlaub nehmen. Auch können sie nun bei weiteren Geburten für weitere Schwangerschaften Mutterschaftsurlaub beantragen. Bisher erhielten diese Frauen insgesamt 28 Tage Schwangerschaftsurlaub.

vgl. FEER 18.9.86 S.42f, SI 8/86 S. 7, 9/86 S.9



Singapurs Arbeiter - die besten Asiens

Eine US Geschäftsberatungsfirma hat die Arbeiter(innen) Singapurs als "Nr.1" in Asien vom Gesichtspunkt Industrieller oder Investoren eingestuft. Besonders gut schnitten sie bei der "Beri Begutachtung" ab, die besonders folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- Arbeitsgesetze, Arbeiterorganisationen und die Existenz von linkem Einfluß, Tarifverträge und Militanz;
- Produktivität;
- Arbeitshaltung;
- Ausbildungsstand.

Das bedeutet, daß Geschäftsleute gute Profite machen werden, wenn sie die Arbeitskräfte Singapurs nutzen.

Nach größeren Entlassungen in der Elektronik-Industrie, sollen multinationale Unternehmen in Singapur die Regierung gedrängt haben, einen Überschuß an Arbeitskräften sicherzustellen, damit die Löhne auf einen niedrigen Stand gehalten wer-

den können. Es liegen Schätzungen vor, daß die Elektronik-Industrie in naher Zukunft 4 bis 6 Tsd. Einstellungen vornehmen wird. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen 75 400 beträgt, genehmigt die Regierung die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften.

241 Bereichsgewerkschaften haben die Diskussion mit den Arbeitgebern über Lohnleitlinien abgeschlossen. 195 waren mit einem Lohnstop für 1986 einverstanden, 39 stimmten einer reduzierten Lohnerhöhung zu, 4 einer Zulagenkürzung und Lohnstop für ein Jahr und 3 nahmen Lohnkürzungen hin.

Mehr als 8000 Bankbeschäftigte werden ihre diesjährige Lohnerhöhung zurückzahlen müssen aufgrund einer Vereinbarung von 32 Banken und der Gewerkschaft. 1400 höhere Bankangestellte werden ebenfalls betroffen sein.

vgl. ALM 3/86 S.13,23, SI 8/86 S.4, 9/86 S.6

Zufriedene Schichtarbeiter

Nach Untersuchungen des Arbeitsministeriums wird die Wechselschicht - also Morgen-, Mittags- und Nachtschicht - von den Schichtarbeiter/innen gegenüber einer festen Schicht vorgezogen. Insgesamt arbeiten 94 015 im Schichtbetrieb und die Hälfte davon arbeiten nach Mitternacht. Aus der Untersuchung geht nicht hervor, ob auch keine Schichtarbeit gegenüber Schichtarbeit vorgezogen wird.

vgl. SI 9/86 S.7